

# Verordnung über Massnahmen gegenüber Libyen

Änderung vom 26. Oktober 2011

---

*Der Schweizerische Bundesrat  
verordnet:*

I

Die Verordnung vom 30. März 2011<sup>1</sup> über Massnahmen gegenüber Libyen wird wie folgt geändert:

**Art. 2** Sperrung von Geldern und wirtschaftlichen Ressourcen

<sup>1</sup> Gesperrt sind Gelder und wirtschaftliche Ressourcen im Eigentum oder unter der Kontrolle:

- a. der natürlichen Personen nach Anhang 2, Teil A, und Anhang 3, Teil A;
- b. der Unternehmen und Organisationen nach Anhang 2, Teil B, sofern die Gelder und wirtschaftlichen Ressourcen vor dem 17. September 2011 gesperrt worden sind;
- c. der Unternehmen und Organisationen nach Anhang 3, Teil B.

<sup>2</sup> Es ist verboten, den natürlichen Personen, Unternehmen und Organisationen nach Absatz 1 Buchstaben a und c Gelder zu überweisen oder Gelder und wirtschaftliche Ressourcen sonst wie direkt oder indirekt zur Verfügung zu stellen.

<sup>3</sup> In Ausnahmefällen kann das SECO nach Rücksprache mit den zuständigen Stellen des EDA und des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD) sowie, soweit anwendbar, nach Meldung an das zuständige Komitee des UNO-Sicherheitsrates und in Übereinstimmung mit den Beschlüssen dieses Komitees, Zahlungen aus gesperrten Konten, Übertragungen gesperrter Vermögenswerte sowie die Freigabe gesperrter wirtschaftlicher Ressourcen bewilligen zur:

- a. Vermeidung von Härtefällen;
- b. Erfüllung bestehender Verträge;
- c. Erfüllung von Forderungen, die Gegenstand einer bestehenden Entscheidung eines Gerichts, einer Verwaltungsstelle oder eines Schiedsgerichts sind;
- d. Deckung humanitärer Bedürfnisse;
- e. Finanzierung von Massnahmen zur Unterstützung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus; oder
- f. Wahrung schweizerischer Interessen.

<sup>1</sup> SR 946.231.149.82

*Art. 5*

*Aufgehoben*

*Art. 7 Abs. 3*

*Aufgehoben*

*Art. 9 Abs. 1*

<sup>1</sup> Wer gegen Artikel 1, 2, 4 oder 6 verstösst, wird nach Artikel 9 EmbG bestraft.

II

Diese Änderung tritt am 27. Oktober 2011 in Kraft.<sup>2</sup>

26. Oktober 2011

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates

Die Bundespräsidentin: Micheline Calmy-Rey

Die Bundeskanzlerin: Corina Casanova

<sup>2</sup> Diese Änderung wurde am 26. Oktober 2011 vorerst im ausserordentlichen Verfahren veröffentlicht (Art. 7 Abs. 3 PublG; SR **170.512**).